

DIE LOGIK DER BEURTEILUNG

Anläßlich eines bedeutenden Ereignisses demonstriert die bürgerliche Öffentlichkeit die Prinzipienlosigkeit, die erforderlich ist, wenn nicht die Klärung der Sache ansteht, sondern ausschließlich das *eine* Interesse: Parteinahme für den eigenen Staat.

Das pflichtgemäß in jeden Artikel oder sonstige öffentliche Äußerung, die nur irgendwie in die Nähe des Klassegegensatzes geraten, einzustreuende "Argument", daß Beharren auf materiellen Interessen nur Unglück bringt, gilt für Polen umgekehrt. Dort ist Verlangen nach Fleisch und höheren Löhnen genau richtig:

“Tapfere und mutige Arbeiter, die im Kampf gegen ihre Unterdrücker Disziplin und Entschlossenheit bewahren.”

Da diese Beglückwünschung des Materialismus sich aber nur der Tatsache verdankt, daß er dem gegnerischen Staat *schadet*, ist seine Berechtigung sehr relativ. Tauglich ist er dafür *aufzuzeigen*, daß "das morsche kommunistische System die Lebensbedürfnisse seiner Menschen nicht befriedigen kann" - aber auch nur dazu, weswegen er sich gleich einen Verdacht einfallen lassen muß. Dieser Verdacht wird positiv geäußert, daß nämlich der Materialismus nur - vom "System" aufgezwungener - Vorwand für dahintersteckende und wesentlich höher zu bewertende Bedürfnisse sei: "Freiheit, Rechte, Ideologie" seien in Wahrheit die Inhalte des Kampfes, seien die implizite Parteinahme für das System *hier*. Der sichere Instinkt, der den Bürger im Materialismus einen Angriff auf staatliche Herrschaft überhaupt wittern läßt, macht denn aus diesem angeblichen Streben der polnischen Arbeiter nach *demokratischen* Herrschaftsformen gleich ein Muß bzw. erteilt ihnen eine *Verwarnung*, falls sie anderes im Sinn haben:

“Eine Rebellionsbewegung... von der man nicht weiß, ob sie *Maß und Ziel* hält und mit Teilreformen *abgefangen* werden kann oder ob sie in romantisch-chauvinistische Exzesse verfällt, auf die doktrinäre Kommunisten diesseits und jenseits der Grenze nur warten, um draufzutrampeeln.”

Daß man an der Herrschaft drüben etwas auszusetzen hat, heißt noch lange nicht, daß man sie überhaupt abgeschafft wissen will - für die eigenen Zwecke soll sie sich *nützlicher* machen! Nächster Schritt also die Entschuldigung der polnischen Staatsmannschaft, wofür nun das soeben beschimpfte System ebenso herhalten kann - wie soll denn ein Politiker, "Gefangener seiner eigenen Politik", unter den dortigen Umständen dem Ideal einer effizienten und reibungslosen Machtausübung gerecht werden können? - wie auch die mittlerweile "unrealistischen" Proleten:

“Wo der Volkswille dazu neigt, vom Unmöglichen zu träumen, wird ein politischer Führer zur tragischen Figur.”

Der Verwarnung der Arbeiter folgen also die Ratschläge an den anderen Staat, wie er mit dem bei ihm konstatierten "Dilemma" besser fertig werden könne. Hier findet eine Anbiederung vom Standpunkt der Überlegenheit aus statt - hier streiken die Arbeiter ja nicht! - die am staatlichen Widerpart immerhin festgehalten wissen will, daß er *Subjekt* seiner Geschichte ist und bleiben muß. Dabei wird den Agenten dieses Subjekts der dezente Hinweis zuteil, daß sie sich doch ganz unnötig aufreiben, wenn sie "immer ihre Fehler *selbst* ausbaden" müssen, wo man doch eine ganz persönlich gehaltene Annehmlichkeit für sie parat hätte:

5 “Einmal mehr erweist sich die Schwäche des vom ideologischen Daueranspruchs
getriebenen Regimes. Eine westliche Regierung mit solcher Bilanz würde abgewählt, die
Opposition ihr Glück versuchen und das Elend der Mißwirtschaft auf ihre Vorgänger
schieben. In kommunistischen Regierungen hingegen findet Machtwechsel nur durch
Säuberungen oder Revolte statt, normalerweise sind sie dann verdammt, ihre Fehler
laufend selbst auszubaden.”

10 Aus lauter Parteinahme für die Herrschaft taucht der Kommunismusvorwurf nur noch als
Unvermögen der “Diktaturen” auf, sich die Potenzen des diktatorischen Staatsbürgerwillens
zunutze zu machen. Da plaudert man ganz nebenbei das Geheimnis der Demokratie aus, - freilich
mit dem kleinen Schwindel, es läge an der *Verfassung* und nicht an den *Untertanen* -, daß die
Herrschaft der Zustimmung des Volkes die entsprechenden Möglichkeiten bietet. In ihrer
Begeisterung stellen sie die staatliche Welt auf den Kopf, indem sie der polnischen Regierung
empfehlen, sie sollte sich nur die entsprechende Verfassung einrichten, dann würden sich die
Polen schon wie von selbst wie ordentliche Staatsbürger aufführen.

15 Sie täten sich viel leichter, ließen sie das Aufbegehren der polnischen Arbeiter als “demokratische
Maßnahmen” auf sie zurückfallen:

“Gierek müßte den Mut zu demokratischen Maßnahmen aufbringen... nur dann würde er
sich - vielleicht - die Arbeiter zu *Bundesgenossen* machen, denen er auch *größere
Anstrengungen zumuten darf*.”

20 Der *Beweis* wird dergestalt geführt, daß der Staatsmann seine Schwierigkeiten allein deswegen
hat, weil er die empfohlene Umgestaltung *noch nicht* gemacht hat:

“Das Ausbleiben einer Entwicklung zu mehr Partnerschaft mit mündigen Bürgern wurde dann ein wesentlicher Grund dafür, daß Polens Wirtschaft ins Trudeln geriet.“ -

was man ihm auch als Versagen an seinen *eigenen* Idealen schmackhaft machen kann:

“Längst schon ist Sozialismus im Osten zum bloßen Etikett geworden.”

5

Dieses kleine Augenzwinkern, daß man sich untereinander schon darauf versteht, was unter “Sozialismus“ läuft, enthält schließlich eine gesunde Portion Vertrauen in den polnischen Staat: Er darf mit den Vorschlägen auch ganz *originell* umgehen - ”3. Weg“, “Finnlandisierung”. Wichtig nur, daß nachher ein “polnisches Modell” herauskommt, versehen mit “beträchtlichen Vorteilen”. Bei diesen - soweit ist man sich nun zwischen Staatsfanatikern auf der erreichten Stufe der “Argumentation” einig - handelt es sich keineswegs um welche fürs Volk, sondern um solche, die “sogar *dogmatische* Kommunisten beeindrucken müßten”. Was man sich unter dieser Beeindruckung vorzustellen hat und wie man sie zu unterstützen gedenkt, wird an anderer Stelle verhandelt:

10

15

“Kann sich die Sowjetunion einen *Infektionsherd* in ihrer Nachbarschaft leisten?”

Die alte Weisheit, daß Antimaterialismus und Antikommunismus zusammenfallen, bestätigt sich aufs Neue. Weil unsere öffentliche Meinung eben vermittels ihrer argumentativen Prinzipienlosigkeit ein Prinzip verwirklicht, Parteinahme für den eigenen Staat, hat sie ein Gespür dafür, daß es sich dort drüben nicht um Kommunismus handelt: Insofern ist das für diesen Staat geäußerte “Mitleid” überhaupt kein Widerspruch, sondern Kundgabe des Willens, daß man Aufstände, auch in feindlichen Regimes nach dem Gesichtspunkt zu beurteilen hat, ob sie zu Änderungen führen (könnten), die für die eigenen Belange zweckvoll erscheinen. Insofern spricht die Presse das Geheimnis der Begutachtung ohne Umschweife aus, nämlich daß die Herrschaft dort drüben gemäß hiesiger Überlegungen geändert zu werden hat, und das kann und darf nicht das Werk der Arbeiter sein: Wenn Revolution, dann eine von hier aus gemachte - und das heißt Krieg. Denn nur dann gibt es die Garantie, daß es dort auch wieder eine Herrschaft gibt.

20

25

30